

Kein Geld für Israels Kriege!

Gegen die deutsch-israelische Kabinettsitzung am 30.11.2009

Im Jahr 2008 hatten beide Regierungen regelmäßige Konsultationen beschlossen und eine erste gemeinsame Sitzung abgehalten – in Israel.

An seinem allerletzten Amtstag 2005 hatte Bundeskanzler Schröder der Lieferung von zwei atomwaffenfähigen U-Booten der „Dolphin“-Klasse mit Weltspitzentechnologie (Brennstoffzellenantrieb – monatelang tauchfähig) zugestimmt. Geplante Auslieferung: 2010 und 2012 – mitten hinein in die Iran-Krise und während der Amtszeit der radikal-zionistischen Netanyahu-Regierung. Kanzlerin Merkel hat den Liefervertrag unterschrieben, der Bund will von den Gesamtkosten 333 Millionen Euro übernehmen. Damit nicht genug: Israel fordert ein sechstes U-Boot und außerdem zwei Korvetten. Deutschland hatte zuvor bereits drei U-Boote an Israel geliefert, die soeben modernisiert werden.

Deutschland ist damit grundgesetzwidrig zu einem wichtigen Faktor der wachsenden weltweiten Kriegsgefahr geworden – mitten in der Wirtschaftskrise!

Wir wehren uns gegen die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit Israel:

- Die Gründung des Staates Israel war ein Kolonialakt, der gegen die Rechte der einheimischen Palästinenser verstieß.
- Seit Staatsgründung 1948 stiehlt Israel immer mehr Land, mordet, foltert und quält Palästinenser.
- Israel missachtet alle einschlägigen UN-Resolutionen.
- Israel verweigert seiner starken palästinensischen Minderheit demokratische Rechte und benachteiligt sie zunehmend und in unerträglichem Maße.
- Israel baut, vielfach auf Palästinenser-Gebiet, einen Trennungswall mit Wachtürmen, Mauern, Sperranlagen und Zäunen, der an den Apartheidsstaat Südafrika ebenso erinnert wie an die Westgrenze der ehemaligen DDR.
- Israel ist mit 3-500 Atomwaffen eine gefährliche und aggressive Macht im Nahen Osten geworden, bedroht seine Nachbarn und den Iran.
- Im Jahr 2006 und zum Jahreswechsel starben rund 3.000 Araber durch israelische Angriffe auf Libanon und den Gaza-Streifen – zumeist Zivilisten, viele davon Kinder, oftmals mit voller Absicht der Mörder. Israel setzte neuartige und völkerrechtswidrige Waffen ein, organisiert Hunger, Durst und Mangel an allen Versorgungsgütern der nahezu wehrlosen Palästinenser.
- Ständig überfällt Israels Armee – oft bei Nacht – palästinensische Dörfer, die gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung leisten – wie etwa das Dorf Bilin bei Ramallah.
- **Israel tötete allein im Gaza-Massaker 2008/9 mehr als 1.400 Palästinenser, in der gleichen Zeit kamen 13 Israelis ums Leben. Das Ungleichgewicht der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung gefährdet inzwischen den Weltfrieden.**
- Israels Umgang mit dem jüngsten Bericht der UN-Menschenrechtskommission (durch Berichterstatter Prof. Dr. Richard Goldstone) lässt eine konstruktive Friedenspolitik in Zukunft nicht erwarten.
- US-Präsident Obama hat in jüngster Zeit die illegale Siedlungstätigkeit Israels in Ost-Jerusalem und auf der Westbank als „gefährlich“ und „nicht förderlich für die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung“ scharf kritisiert – ohne Erfolg.

- Ehrenhafte und friedliebende Juden beschimpfen ihre eigene Regierung als Faschisten und Mörder - und werfen ihr Nazi-Methoden vor.

Niemand leugnet, dass auch Palästinenser nicht hinnehmbares Unrecht begehen – aber bei weitem weniger als Israel.

Die heutige gemeinsame deutsch-israelische Kabinettsitzung erweckt den Eindruck einer Normalität, die kein Mensch dulden kann, dem gerechter Friede, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Völker etwas bedeuten. Ohne Not erweckt die deutsche Regierung den Eindruck, dass sie die Unterdrückung des palästinensischen Volkes und die vielfältigen, mehr als 60 Jahre währenden israelischen Rechtsverletzungen stillschweigend hinnimmt, ja sie unterstützt.

Wer zur Rechtfertigung einer solche Komplizen-Politik den furchtbaren Holocaust der Nazis an Juden in Europa anführt, hat nicht nur nichts aus dieser Zeit schrecklichster Verbrechen gelernt: Er verhöhnt die Opfer. Kein Humanist, keiner also, der es mit Menschlichkeit und Menschen ernst meint – ungeachtet aller Unterschiede in Herkunft, Religion und Überzeugung – darf dies dulden.

Diese Kabinettsitzung beschädigt das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Die deutsche, europäische, „westliche“ Komplizenpolitik mit Israel bedroht außerdem die weltweite Sicherheit. Denn die Bevölkerungen der islamischen Länder sind es leid, dem unrecht länger zuzusehen. Israel muss für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen und zur radikalen Politikwende bewegt werden, notfalls mit außenpolitischem Druck. Wo die Bundesregierung politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Druck vermissen lässt, müssen die Bürger dafür aufstehen.

Wir fordern:

- Schluss mit der israelischen Blockade des Gazastreifens!
- Schluss mit der Besatzung!
- Schluss mit rassistischer Unterdrückung!
- Schluss mit Waffenlieferungen nach Israel!
- Freiheit für Palästina!
- **Einführung einer Zeitgrenze für die Regelung des Nahostkonflikts!**

Lenkt Israel nicht **binnen fünf Jahren** ein, zieht sich aus allen seit 1967 besetzten Gebieten zurück, erfüllt alle UN-Resolutionen, wie z. B. Entschädigung, Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge etc. (saudischer Friedensplan), dann muss die offensichtliche UN-Fehlentscheidung von 1947 korrigiert und ein palästinensischer Einheitsstaat („Ein-Staaten-Lösung“) geschaffen werden, mit vollen und gleichen demokratischen Rechten aller Bewohner und Rückkehrer.

Welche Zukunft können sonst unsere Kinder in einer Welt haben, die unsere jetzigen Regierungen mit Hass aufgeladen haben - über Jahrzehnte hinweg?

Wir machen uns Sorgen um Frieden, Freiheit und Wohlergehen für alle Menschen in Nahost!

**Wir wollen nicht mitschuldig bleiben an den Verbrechen Israels!
Wir wehren uns gegen diese Kabinettsitzung der Kriegstreiber und
Kriegsverbrecher!**